

10.-12. Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz im August/September 2020 – ein Bericht

Die Ausschusssitzung am 12.8. wartete mit einem bunten Strauß unterschiedlicher Themen auf. Insgesamt 17 Tagesordnungspunkte wurden behandelt. Dagegen beschränkte sich die Sondersitzung am 1.9. auf zwei Themen: Novellierung des Naturschutzgesetzes und Bericht zur Lage der Natur. Am 9.9. besuchte der Ausschuss das Institut für Agrartechnik und Bioökonomie in Bornim und behandelte darüber hinaus eine eher schlanke Tagesordnung. Ausgewählte Punkte sind hier zusammengefasst.

Niedrigwasserkonzept: Das bereits angekündigte Konzept ist beim MLUK in Bearbeitung, es soll jetzt auch das Grundwasser mit einbezogen werden. Die Datenbereitstellung soll verbessert, ein Warnsystem (Ampel) soll erarbeitet, Wasserentnahmen geregelt werden. Demnächst erfolgt eine Beteiligung der Landkreise, Verbände und Ressorts, auch die Nachbarländer werden einbezogen. Kurzfristige Maßnahmen (insbesondere Datenverbesserung) und langfristige Maßnahmen sind vorgesehen. Auf die Frage nach der Verbindlichkeit antwortete der Minister, es handele sich um ein Fachkonzept, das nicht vom Kabinett beschlossen wird. Der Mittelbedarf ist noch nicht klar, es wird darauf gehofft, dass EU-Programme zur Verfügung stehen.

ELER-Mittel im Übergangszeitraum: Die Agrarministerkonferenz hat die Verteilung der ELER-Mittel auf die Länder neu geregelt, demnach stehen Brandenburg 117,3 Mio € 2021 und 155,4 Mio € 2022 zur Verfügung. Hinzu kommen insgesamt 77,8 Mio € aus dem Corona-Wiederaufbaufonds für die Jahre 2022-24. Auf Nachfrage, ob die Kofinanzierung der Mittel durch das Land gesichert sei, erklärte Minister Vogel, dies stehe wie alle Vorhaben des Koalitionsvertrags auf dem Prüfstand.

Runder Tisch Saisonarbeit: Es hat zwei Tagungen mit Anbauverbänden und Gewerkschaften gegeben. Vertreter der Landwirtschaft sollen in das Bündnis für gute Arbeit beim Ministerpräsidenten aufgenommen werden. Die Landesregierung strebt freiwillige Selbstverpflichtungen für gute Arbeitsbedingungen an, möchte aber keine ordnungsrechtlichen Vorgaben machen. Die Überprüfung der Spargelhöfe erfolgte hinsichtlich der Hygieneauflagen ohne größere Beanstandungen, während die Ergebnisse der arbeitsrechtlichen Kontrollen durch den Zoll nicht bekannt geworden sind.

Nationales Hochwasserschutzprogramm: Weitere Studien ergaben, dass das ursprünglich für die Lausitzer Tagebaurestseen veranschlagte Rückhaltepotenzial von 60 Mio m³ Wasser nicht realisierbar ist. Nur 18,67 Mio m³ sind erreichbar. Es sollen keine neuen Zuleiterkapazitäten gebaut werden, vorhandene oder ohnehin geplante könnten ertüchtigt werden. Die lange angekündigte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung soll im August vorliegen, dann wird über die Realisierung dieses Projektes entschieden. Entgegen der ursprünglichen Planung ist eine Ertüchtigung von Deiche zum Schutz der Stadt Senftenberg notwendig. Von den weiteren

Projekten des Nationalen Hochwasserschutzprogramms sollen die Vorhaben an der Schwarzen Elster Priorität haben. Der Deichbau zum Schutz der Städte soll ab 2023-25 erfolgen, Deichrückverlegung sind noch in der Konzeptionsphase.

Umsetzung Düngeverordnung: Die Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Ausweisung der „Roten Gebiete“ wurde jetzt vom Bundeskabinett beschlossen, geht aber noch in den Bundesrat. Minister Vogel geht nicht von einer Ausweitung der Flächenkulisse in Brandenburg aus, was aber noch geprüft werden muss. Hinsichtlich der neu auszuweisenden Phosphatgebiete führen die vorgesehenen Regelungen möglicherweise dazu, dass Brandenburg nur wenig betroffen ist.

Tesla: Die Darstellungen des Ministeriums zur Wasserversorgung blieben in der August-Sitzung weiterhin unbefriedigend und widersprüchlich. Sie bezogen sich auf die genehmigten Wasserentnahmen, mit denen die Wasserversorgung von Tesla in der ersten Bauphase sichergestellt werden könnte. Ob die Folgen der stark ansteigenden Wasserentnahme im Rahmen dieser Genehmigung untersucht worden sind konnte das Ministerium nicht sagen. Hinsichtlich der möglichen Gefahr einer Versalzung erklärte das Ministerium, dies sei untersucht worden, könne aber ausgeschlossen werden. Nur einen Tag nach der Ausschusssitzung ging die Antwort auf eine Kleine Anfrage ein, in dem das Ministerium mitteilt, zu der Versalzungsfrage lägen keine Informationen vor. Inzwischen ist eine Arbeitsgruppe gegründet worden, die sich mit der perspektivischen Wasserversorgung in der Region befassen soll. Nach Ablauf der Stellungnahmefrist liegen insgesamt 406 Einwendungen vor. Den Vorschlag der LINKEN, den Erörterungstermin per Lifestream zu übertragen, lehnte das MLUK ab. Inzwischen hat Tesla einen weiteren (sechsten) Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt, der auch weiter Rodungen beinhaltet.

Schweinehaltung: Wegen der Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung müssen innerhalb der nächsten drei Jahre Umplanungen der Ställe vorgenommen werden. Für den Umbau können dann Fördermittel des Bundes in Anspruch genommen werden. Ab sofort müssen Sauen sich in den Kastenständen ausstrecken können. Die Klage des Berliner Senats schafft derzeit noch Rechtsunsicherheit, ob die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in der jetzigen Form Bestand hat. Minister Vogel ließ offen, ob die jetzige Landesförderung weiterlaufen oder durch eine Bundesförderung ersetzt werden soll. Der Landestierschutzbeauftragte forderte weitergehende Verbesserungen und Förderungen, z.B. zur Kot-Harn-Trennung und betriebsnahen Schlachtung.

Weideschlachtung: Minister Vogel bekundete Interesse an einer Ausweitung der Weideschlachtung und kündigte ein Förderprogramm an. Es sollen Standardverfahren entwickelt werden, die dann kopiert werden können. Der Landestierschutzbeauftragte schlug vor, eine Arbeitsgruppe zur betriebsnahen Schlachtung einzurichten.

Thomas Domres, agrar- und umweltpolitischer Sprecher